

Berner und Obwaldner Skigebiete prüfen Zusammenschluss

Eine NRP-Studie soll die Machbarkeit der Zusammenlegung der Skigebiete Engelberg-Titlis, Melchsee-Frutt und Meiringen-Hasliberg prüfen.



Bild: zvg

Andermatt und Sedrun haben es vorgemacht, Sörenberg ebenfalls: Einen Zusammenschluss von Tourismusgebieten prüfen nun auch die Regionen Melchsee-Frutt, Engelberg-Titlis und Meiringen-Hasliberg vertieft. Sie wollen mehr Wochengäste.

Landschaftsschützer reagieren empört

Die Bergbahnen Engelberg-Titlis, Meiringen-Hasliberg und die Sportbahnen Melchsee-Frutt unterstützen eine Machbarkeitsstudie mit 100'000 Franken und Eigenleistungen. Dank rund 100'000 Franken von den Kantonen Ob-, Nidwalden und Bern kommt das Projekt in den Genuss von weiteren 100'000 Franken Bundesgeldern aus dem Topf der Neuen Regionalpolitik (NRP), wie der Obwaldner Volkswirtschaftsdirektor Daniel Wyler am Freitag vor den Medien erklärte.

Ein Team unter der Leitung des ehemaligen Obwaldner Regierungsrats Niklaus Bleiker erarbeitet nun bis spätestens Ende 2021 eine konkrete Grundlage für den Entscheid, ob das Projekt realisierbar ist. Es gehe, so Bleiker, nicht darum, bereits mögliche Verbindungen auszuarbeiten.

Vielmehr kläre man erstmals umfassend ab, ob ein Zusammenschluss finanziell, technisch, touristisch und ökologisch überhaupt machbar sei. Das Resultat der Studie gehe dann an die Politik und die Bahnen, die am Ende entscheiden müssten.

Beim Sommer-Tourismus zulegen

Die Bergbahnen wollen dank einer Zusammenarbeit mehr Wochengäste gewinnen. Der Wintertourismus wachse bescheiden, wenn überhaupt, sagte Markus Ettlin-Niederberger von den Sportbahnen Melchsee-Frutt. Der Sommertourismus dagegen habe grosses Potenzial. Als Unternehmen und Arbeitgeber müsse man in die Zukunft schauen. Das wolle man auf der Basis von Fakten tun, welche die Studie liefern soll.

Die Idee eines Zusammenschlusses ist fast so alt wie umstritten: 2003 hatten damals noch vier Bergbahnen angekündigt, man wolle sich zum neuen «Schneeparadies Hasliberg-Titlis» zusammenschliessen. Mit 51 Transportanlagen und 210 Kilometern Skipisten würde das Gebiet zu den grösseren der Alpen zählen.

Kurz darauf waren bereits 10'000 Unterschriften gegen ein solches Unterfangen gesammelt. Auch der Bund winkte ab - aus Wald- und Landschaftsschutzgründen, wie Regierungsrat Wyler sagte. Zudem habe man die Interessengemeinschaften zu wenig miteinbezogen, das solle dieses Mal besser werden. Überdies habe ein redimensioniertes Projekt 2008 vom Bund betreffend Ökologie positive Signale erhalten.

[IMG 2]

Kritik an NRP

Allein, Opposition ist nach wie vor vorhanden: Die Stiftung Landschaftsschutz sprach in einer Reaktion auf die Ankündigung von einem «anachronistischen Schneeparadies». Die Machbarkeitsstudie für ein vor vielen Jahren bereits als nicht machbar schubladisiertes Vorhaben werde die Diskussion um die NRP wieder entfachen, die seit Längerem im Ruf stünden, Gelder für unzweckmässige und ineffiziente Vorhaben auszuschütten.

Bereits eine Masterarbeit im Sommer 2016 war zum Schluss gekommen, die Grundvoraussetzungen für einen 70 Millionen Franken teuren Zusammenschluss seien derzeit nicht gegeben. Sie basierte auf Interviews mit Vertretern von Bergbahnen, Tourismusorganisationen und Umweltverbänden.

Wyler sagte, die Arbeit sei nicht ins Detail gegangen und habe wesentliche Aspekte nicht berücksichtigt. Man öffne nun den Fokus und befreie sich vom Korsett «Schneeparadies». Auch der Sommertourismus stehe im Zentrum, zudem wäre auch ein Teilzusammenschluss denkbar. Wichtig sei, dass man ergebnisoffen an die Arbeit gehe.

Konsensbildung

Im Gespräch mit der Nachrichtenagentur Keystone-SDA hielt er fest, er schätze die Wahrscheinlichkeit als eher gross ein, dass am Ende eine Zusammenarbeit der Bahnen zustande komme. Diese müssten sich längerfristig überlegen, wie sie auch angesichts der klimatischen Veränderungen überleben könnten.

Die Detailerarbeitung obliegt nun zwei Kommissionen. Während sich die eine um die Themen Wirtschaft, Markt und Produkt kümmert, analysiert die andere die Bereiche Gesellschaft, Umwelt und Technik. Der Prozess soll zur Konsensbildung beitragen.
(sda)

Publiziert am Freitag, 14. September 2018